

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

13.6.1922 (No. 135)

Expedition:
Karlsruher
StraÙe Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Auszahlung der Lohnerhöhung an die badischen Staatsarbeiter.

In Nr. 127 des „Vollstreuer“ hat der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband unter Hinweis auf die für die Beamten getroffenen Maßnahmen lebhaft Klage darüber geführt, daß die Lohnerhöhungen ab 1. Mai den Arbeitern noch nicht ausbezahlt worden sei. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die Lohnverhandlungen der Reichsverwaltung mit den Arbeiterorganisationen im Gegensatz zu früheren Vorgängen dieses Mal vereinbarungsgemäß erst nach den Verhandlungen mit den Beamten stattgefunden haben. Das hatte die natürliche Folge, daß dieses Mal die Befolgungserhöhungen der Beamten vor den Lohnerhöhungen der Arbeiter bezahlt werden konnten, während sonst das Umgekehrte der Fall war. Als die neuen Lohnlisten, trotz dringlichen Ersuchens von der Reichsverwaltung innerhalb der zugubilligenden Frist nicht zu erhalten waren, hat das badische Finanzministerium nicht gegögert, den Arbeitern einwilligen Vorschüsse auf die Lohnerhöhungen auszahlen zu lassen. Die Anordnung hierwegen ist bereits unterm 29. Mai ergangen, so daß in den meisten Betrieben den Arbeitern der Vorschuß noch vor Pfingsten bezahlt werden konnte. Im übrigen ist das Finanzministerium bei der Reichsverwaltung dahin vorstellig geworden, daß künftig das Verhandlungsergebnis in kürzester Frist den Länderregierungen übermittelt wird.

Deutschlands Ostorientierung und ihre Aussichten.

Von Dr. Hermann Reinfried-Karlsruhe.

Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo ist als die erste politische Großtat der deutschen Außenpolitik seit dem Kriegsende zu beurteilen. Aber den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und der Veröffentlichung kann man verschiedener Meinung sein. Vielleicht wäre es, vom weltpsychologischen Standpunkt aus betrachtet, für Deutschland vorteilhafter gewesen, einen anderen Zeitpunkt zum Abschluß und zur öffentlichen Bekanntgabe zu wählen; denn die Genueser Atmosphäre war stark geladen, und der deutsch-russische Vertrag muß wie ein Sprengpulver gewirkt haben. Es fragt sich allerdings, ob die Verhandlungen in Genua ohne den deutsch-russischen Pakt zu einem positiven Ergebnis unter den Alliierten selbst geführt hätten. Unter allen Umständen aber hätte Deutschland die hohe Begehrung können, wenn es nicht durch die Vereinbarung mit Rußland seine Lebensinteressen geschützt hätte. Heute macht uns kein Staat mehr die uns in Rapallo zugefallenen Vorteile streitig.

Für die deutsche Politik gilt es jetzt, an die Auswertung des deutsch-russischen Vertrages heranzutreten. Wir müssen zur Sowjetmacht die richtige Einstellung erhalten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Was wissen wir im Grunde genommen von Rußland? Alle Deutschen und alle Welt wissen vom russischen Hunger, das scheint eine der wenigen positiven Kenntnisse über unseren großen östlichen Nachbar zu sein! Bekannt ist noch das Darniederliegen der gesamten russischen Volkswirtschaft, des Verkehrswezens und der Staatsfinanzen. Aus diesen tatsächlichen Verhältnissen heraus schließen wir, daß der Vertrag von Rapallo für Deutschland keine praktische Wirtschaftsbedeutung haben wird und daß wir keinen Grund hätten, unsere besondere Genugtuung über die deutsch-russische Gemeinschaft zum Ausdruck zu bringen. Vom rein politischen Gesichtspunkte aus ist dies Verstehe völlig unverständlich und beweist das geringe Urteilsvermögen einiger Superflugen. Gerade die politische Bedeutung der wieder aufgenommenen deutsch-russischen Beziehungen ist nicht hoch genug einzuschätzen, weil sie einen tiefen Strich unter die Vergangenheit des Krieges und der Weltverwirrung machen und zwei vom Schicksal hart geprüfte und gedemütigte Völker in Frieden und Verhältnistheil zusammenführen. Aber auch die wirtschaftliche Zukunftsaussichten bilden für Deutschland einen Lichtblick. Der sprichwörtlich gewordene russische Hunger wird nicht Ewigkeiten anhalten in einem von der Natur so reich gesegneten Lande. Nur den schlechten Wetterverhältnissen des letzten Jahres ist es zu verdanken, daß 10 Gouvernements mit einer Bevölkerung von 18 Millionen und einer Saatfläche, die gewöhnlich gegen 800 Millionen Rubel Getreide Ernteertrag liefert hatte, vom entsetzlichen Mißwachs und furchtbaren Hungernot heimgeführt wurden. Seit dem Jahre 1917 hat die Sowjetregierung aus diesen Hungerbezirken 230 Millionen Rubel Getreide für Staatszwecke herausgeholt. Es soll nicht verkannt werden, daß auch die Maßnahmen der Sowjetregierung in der Landwirtschaft produktionshemmend im schlimmsten Sinn gewirkt haben. Die vielen staatl. Requisitionen und Plakereien den Bauern gegenüber beeinträchtigten, daß über den Eigenbedarf hinaus kaum etwas bebaut und geerntet wurde. Die angepflanzten Flächen schrumpften so immer weiter zusammen, bis die Katastrophe hereingebrochen war. Jetzt erst ging die Sowjetpolitik von dem Fatalismus ihres kommunistischen Parteiprogramms ab und suchte die Kleinbäuerliche Wirtschaft dadurch zu retten und zur Produktionssteigerung anzuregen, daß sie die staatl. Requisitionen einstellte und eine genau fixierte jährliche Naturalsteuer einführte. Ferner wurde die Freude am landwirtschaftlichen Betrieb in russischen Bauernum durch die Wiederherstellung des Eigentumsrechtes dem Grundeigentum und Agrararbeit wieder gewekt, dem Zwischhandel gab man freieren Raum und das kleine Gewerbe erhielt eine frische Auftriebskraft. Alle diese Mittel stellen

erhebliche Zugeständnisse seitens der Sowjets an das kapitalistische Prinzip dar. Lenin beugte sich in seiner politischen Klugheit den praktischen wirtschaftlichen Bedürfnissen seines Volkes auf Kosten kommunistischer Spintifizierungen und Irrlichter, die Rußland an den Rand des Graues brachten und aus ihm einen wirtschaftlichen Scharbenhaufen machten. In dieser russischen Wirtschaftserstörung waren allerdings nicht nur die fanatischen Heißlehren eines falschen kommunistischen Prophetentums wirksam, sondern auch, wie wir jetzt erfahren, die bewusste Anwendung rohester Gewalt und blutigsten Terrors zur Verbreitung von Schrecken, damit sich die Sowjetgegner nie mehr zu rühren wagen sollten. Auf dem neunten Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands, im März 1920, schaute sich Trotzki nicht zu sagen: „Wir haben das Land ausgeplündert, um imstande zu sein, über die Weizen zu siegen.“ Und in der „Russischen Korrespondenz“ erklärt Nabel: „Wir waren nicht imstande, das Leben von Hunderttausenden von Arbeitern und Millionen von Bauern zu schonen, wenn wir Rußland retten wollten vor der Wiederkehr der weißen Ausbeuter und Plünderer, desto weniger durften wir Kalt machen vor der Berrüttung der Volkswirtschaft. Sie war der Siegerpreis.“ Aus diesen erhellenden Geständnissen der berühmtesten Sowjetführer geht deutlich hervor, daß der Sowjetismus nichts so sehr am Herzen lag als die Festigung der sowjetischen Macht, von der auch heute noch für das politische Schicksal Rußlands alles abhängt. Die Wirtschaftsinteressen des Landes kamen für die Sowjets erst in zweiter Linie in Betracht, für die ökonomischen Verhältnisse wollten die Herrscher in Moskau erst sorgen, wenn ihre Macht unerschütterlich feststand. Durch die Vernachlässigung der Agrarpolitik verminderten sich die russischen Großbauern sehr rasch, während es den armen und landlosen Bauern leicht wurde, sich eine kleine Siedlung zu errichten und die notwendigen Betriebsmittel zu beschaffen. Für die riesigen Flächen Rußlands bedeutet diese Entwicklung keine volkswirtschaftlichen Vorteile und kann auch nicht im dauernden Interesse der Sowjets gelegen sein. Den Letzteren schwebt der staatl. Großbetrieb, sowohl der industrielle wie der landwirtschaftliche vor, um auf diesem Wege die kommunistischen Rezepte, auf deren Verwirklichung das Sowjetkomitee vorläufig verzichtet hat, in die endliche Praxis zu überführen.

An der Tat sind a. B. die riesigen Wolgastiefen für die landwirtschaftliche Massenproduktion und zur Einrichtung von Großbetrieben wie geschaffen. Die amerikanischen Musterwirtschaften dürften vom Segen des Landes hier Nachahmung finden, so daß der Weg bis zur „Weizenfabrik“ und bis zur „Kornkammer Europas“, die aus Rußland leicht gemacht werden könnte, auf nicht allzu große Schwierigkeiten stößt. Möglicherweise würde die Einrichtung von russischen landwirtschaftlichen Großbetrieben zum wahren Untergang der Kleinbauern und des Kleingewerbes führen, ein von der Sowjetregierung im Stillen erhoffter wirtschaftlicher Umweg, der den Entwicklungsstand zum wirklichen Kommunismus, dem man in Moskau bis auf weiteres aus praktischen Gründen entsagen mußte, nach Ansicht Kenins beschleunigen würde. Diese Wille in die Sowjetzukunft sind freilich gewagte Prognosen der russischen Machthaber, sie enthalten aber lehrreiche Einblicke in die Gedankenwelt der russischen Politik.

Die heutige Industrie Rußlands hat erst einen kleinen Teil der ungeheuren Verluste wieder eingebracht und ist auf lange hinaus fast gelähmt. Am meisten hemmen die Nahrungsmittelnot, durch die die russische Arbeiterschaft nie zur Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Volksthaft gelangen kann. Hunger und im Winter frierend geht der Arbeiter vorwiegend in die Fabrikt. Interessant sind einige Zahlen von der industriellen Produktion aus dem Jahre 1921 im Vergleich zur Friedenszeit:

Table with 2 columns: Item and Percentage. Items include Baumwolle, Eisen, Holz, Kupfer, etc.

Zur Erreichung der Friedenszahlen bedarf es noch eines langen Weges. Zusammen zeigt folgende Tabelle über die Kohlenproduktion steigende Ziffern:

Table with 2 columns: Year and Production in Million Rubles. Years include 1920, 1921, 1922.

Das Transportwesen erholt sich langsam. Wohl war im ersten Halbjahr 1920 die Länge des Eisenbahnnetzes auf 60 000 Werst (63 000 Kilometer) hergestellt, aber alle Bahnen arbeiten mit großen Fehlbeträgen. Die Einnahmen des ersten Halbjahres 1920 belaufen sich auf 18 654 000 000 Rubel, während die Ausgaben 51 266 000 000 Rubel betragen. Die Grundlage der russischen Industrieentwicklung ist die landwirtschaftliche Produktion und die Blüte des Eisenbahnwesens. Die Aussichten für die Auswertung des deutsch-russischen Vertrages sind nicht gering anzuschlagen, vorausgesetzt, daß keine neuen politischen Wirren den wirtschaftlichen Aufschwung in Rußland zur Unmöglichkeit machen.

Politische Neuigkeiten.

Der Reichspräsident in München.

Einer Einladung der bayerischen Regierung zum Besuch der Deutschen Gewerkschau folgend, traf der Reichspräsident Ebert am Montag vormittag um 8.50 Uhr von Freudenstadt kommend, mit Sonderzug in München ein. Zur Begrüßung des Reichspräsidenten hatten sich u. a. eingefunden: Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, Landtagspräsident Königsbauer, Minister des Innern Dr. Schweyer und der noch in München weilende Reichsernährungsminister Dr. Febr. Der Empfang des Reichspräsidenten war sehr herzlich. Als der Reichspräsident vom Bahnhof wegfuhr, machten

sich, wie die Blätter melden, zwar einige Schreier bemerkbar, doch wurde das Schreien durch die Hochrufe der zahlreich anwesenden Menge überhört.

Beim Empfang des Reichspräsidenten im Staatsministerium des Innern hielt Ministerpräsident Graf Lerchenfeld an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er betonte, der Wille aller verfassungsmäßigen Regierungen, die im bayerischen Staatsministerium getagt haben, sei es gewesen, an dem engen Bund Bayerns mit den übrigen deutschen Staaten festzuhalten. Bayern habe keinen anderen Wunsch, als die eigenen Aufgaben des bayerischen Landes im Kreise der deutschen Länder zu erfüllen. Die letzten Jahre hätten viele Erschütterungen gebracht. Der Reichspräsident könne für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen zu haben, den Schwarm der Geister zu bannen und das schwebende Dach einer Verfassung aus dem erschütterten Bau des Deutschen Reiches zu schlagen.

Der Reichspräsident erwiderte, er lege besonderen Wert auf persönliche gute Beziehungen zwischen der Leitung des Reiches und der Länder. Dies gelte besonders von Bayern, das als zweiter größter Bundesstaat in mancher Beziehung andere Verhältnisse aufweise, als die anderen deutschen Länder. Gern gebe er die Versicherung, daß, soweit seine Kraft reiche, die Beziehungen des Reiches zu den Ländern immer von diesem Geiste beherrscht werden.

Bei dem Empfang des Reichspräsidenten Ebert im Landtag hielt Landtagspräsident Königsbauer eine Ansprache, in der er dem Reichspräsidenten das Willkommen der bayerischen Volksvertretung entbot. Er betonte die Reichstreue Bayerns und das unverbrüchliche Vertrauen auf die moralische, wirtschaftliche und politische Wiebergeburts unseres Volkes.

Nach dem Empfang im Landtag begab sich Reichspräsident Ebert nach dem Rathaus, wo ihn Oberbürgermeister Schmitz begrüßte. Er dankte dem Reichspräsidenten für die Übernahme des Ehrenpräsidiums der deutschen Gewerkschau und für die wohlwollende Haltung, durch die der Reichspräsident zum Gelingen des Ganzen beigetragen habe. Möge die Gewerkschau die Erkenntnis festigen, daß nur der Zusammenschluß aller Deutschen das Reich zur wirtschaftlichen Erstarkung führen könne. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk.

Der Reichspräsident dankte für die ihm gemordene Aufnahme und schloß mit dem Wunsch, daß mit unserem großen Vaterlande auch dem schönen München nach all den Drangalen eine glücklichere Zukunft beschieden sein möge.

Zu Ehren des Reichspräsidenten fand am Montag abend im historischen Saal des alten Rathauses ein größerer Empfang statt. Am Dienstag wird der Reichspräsident das Waldschneefestwerk besuchen.

Während des parlamentarischen Abends zu Ehren des Reichspräsidenten Ebert hatte sich eine vieltausendköpfige Menge vor dem Rathaus angesammelt, die dem Reichspräsidenten beim Verlassen des Hauses begeisterte Ovationen darbrachte. Der Reichspräsident wurde mit nicht endenwollenden Hochrufen begrüßt. Auch vor seinem Hotel wurden ihm begeisterte Kundgebungen bereitet. — Wie die Blätter aus München melden, kam es vor dem Hotel Continental, in dem Reichspräsident Ebert Wohnung genommen hat, zu einer Säklägeri zwischen Leuten, die Hochrufe ausbrachten und einer Horde Demonstranten, die die Hochrufe niederzupfeifen versuchten.

Eine Erklärung Morgans.

Morgan hat gestern Abend vor seiner Abreise der Pariser Presse eine Erklärung abgegeben, in der er sagte:

Als er die Einladung der Reparationskommission zum Eintritt in den Anleiheauschuß erhalten habe, habe er zunächst gegögert. Da er aber empfunden habe, daß die Angelegenheit für Europa und wegen ihrer Handelsbeziehungen mit Europa auch für die Vereinigten Staaten von so ungeheurer Wichtigkeit sei, daß er die Einladung nicht hab ablehnen können, so sei er in rein privater Eigenschaft mit der Hoffnung nach Paris gekommen, etwas Positives zu erreichen. In der ersten Sitzung des Anleiheauschusses habe er aus einandergesetzt, daß in den Vereinigten Staaten kein Interesse für eine deutsche Anleihe an sich vorliege, jedoch erkenne man in den Vereinigten Staaten mehr und mehr, daß die eigene Mitte Amerikas in gewissem Grade von derjenigen der alliierten Länder abhängt, die ihrerseits wiederum in hohem Grade von der Wiederherstellung des deutschen Kredites abhängig seien. Morgan führte dann wörtlich die auch im Schlußbericht des Anleiheauschusses aufgestellten beiden Bedingungen für die Beteiligung Amerikas an einer deutschen Anleihe auf: Einvernehmen unter den Alliierten und Wiederherstellung des deutschen Kredites. Sehr bald habe in den Beratungen des Anleiheauschusses eine Differenz zwischen dem englischen und dem französischen Wortlaut des Auftrages der Reparationskommission ergeben. Diese Differenz berührte insofern einen entscheidenden Punkt, als die französische Fassung den Anleiheauschuß unbedingt und ein für alle Mal hinderte, ein Gutachten über den Zahlungsplan in der jetzigen Gestalt abzugeben und so jeden praktischen Vorschlag über die Grundlage, worauf die Anleihe für ein eventuell zahlungsfähiges Deutschland aufgebaut werden könnte, unmöglich machte. Dagegen war der englische Wortlaut einer freieren Auslegung zugänglich.

Morgan kommt damit auf den ganzen Schriftwechsel zwischen dem Anleiheauschuß und der Reparationskommission zu sprechen. In der Zwischenzeit erfolgten in Paris offizielle Erklärungen in dem Sinne, daß der Anleiheauschuß versuche, den Betrag der deutschen Reparationsverpflichtungen herabzusetzen, und daß die französische Regierung dies nicht dulden könne. Der Anleiheauschuß hat aber niemals angenommen, und damit habe er (Morgan) persönlich einverstan-

den gewesen... er Vollmacht... die deutsche Regierung... Reparationskommission... die deutsche Anleihe... die deutsche Anleihe... die deutsche Anleihe...

Die Londoner Antwort auf das Pariser Memorandum zur Haager Tagung.

Der Quai d'Orsay hat am Sonntag morgen die Antwort der englischen Regierung auf das französische Memorandum vom 11. Juni über die Haager Konferenz erhalten. Die englische Regierung gibt darin zu verstehen, daß das französische Memorandum nicht genügend überzeugungskraft besitze.

Reichsdeutscher Mittelstandstag.

In Braunschweig wurde ein reichsdeutscher Mittelstandstag abgehalten, der von dem Reichshandelsverband für Handel und Gewerbe, der Zentralstelle zur Erhaltung der Privatwirtschaft und der Arbeitsgemeinschaft der Verbände deutscher Handel- und Gewerbetreibender, des Deutschen Handwerksbundes und des Zentralverbands deutscher Haus- und Grundbesitzervereine einberufen war.

Generalversammlung der Kantgesellschaft.

Eine stattliche Reihe von alten und jungen Gelehrten und Freunden der Philosophie fand sich in der Pfingstwoche in Halle zusammen, um in regem Gedankenaustausch sich Rechenschaft abzugeben über den Stand der Arbeiten und Probleme auf dem Gebiet der Philosophie.

direktor Landtagsabgeordneter Liebau vom Reichshandelsverband für Handel und Gewerbe. Als Referenten sprachen u. a. W. Lieb des Reichswirtschaftsrates Gummert (München), Direktor Kammerndorf vom Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, Reichstagsabgeordneter Nieseberg und Reichswirtschaftsratsmitglied Freiherr v. Nichtejzen.

Kurze polit. Nachrichten.

Kapp geflohen. Den Leipziger Neuesten Nachrichten zufolge, ist der Generalstaatssekretär Kapp, der sich bekanntlich nach seiner Selbstentlassung in einem Leipziger Krankenhaus einer schweren Augenoperation unterziehen mußte, am Sonntag an den Folgen der Operation gestorben.

Militärkonvention der Kleinen Entente. Nach einer Meldung des 'Matin' aus Belgrad verlautet dort aus zuverlässiger Quelle, daß die Staatsmänner der Kleinen Entente sich über die Grundlagen eines Bündnisses und einer allgemeinen Militärkonvention verständigt hätten, die in Mitteleuropa, Rumänien, Tschechien, Jugoslawien und auf dem Balkan den Status quo sichern soll.

Eine französische Erklärung zu den Gefangenenzurückhaltungen. Durch die immer wieder auftauchenden Gerüchte über die angebliche Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und in den französischen Kolonien veranlaßt, hat die deutsche Botschaft in Paris erneut eine amtliche Erklärung hierüber von der französischen Regierung erbeten.

Die Ermordung Erzbergers vor Gericht.

DZ. Offenburg, 12. Juni. Der heutige fünfte Verhandlungstag in dem Prozeß gegen Killinger brachte zunächst die Vernehmung der Leute, die an Schulz, Killinger und Killinger Zimmer vermietet hatten.

Frau Kistner in München war die Wirtin des Schulz. Bei ihrer Schwester im gleichen Hause wohnte vorher schon Killinger. Auf Bitte der Schwester nahm sie Schulz auf. Sie bezeichnete ihn als einen sehr netten Herrn. Sie glaubt, daß er mit zwei Koffern angekommen sei. Er ist Anfangs August eingezogen. Noch ehe die polizeiliche Anmeldung vollzogen war, reiste Schulz schon wieder ab.

Stelle gefunden hätte und bald abreisen werde. Frau Kistner bedauerte dies. Sie gibt noch an, daß Killinger öfter zu Schulz auf Besuch gekommen sei. Sie hat deshalb auch Killinger, ihr einen neuen Zimmerschloß zu verschaffen, wie sie sagte, am liebsten einen deutschen Nationalen Herrn.

Frau Hofrat Dr. Klein ist die Schwester der ersten Zeugin, bei welcher Killinger von Ende Mai bis August 1921 wohnte. Nach ihrer Darstellung war Killinger viel bereist. Auch am 6. August trat er eine Reise an, die sich die Zeugin in einem Kalender notierte. Über das Reiseziel sagte er nichts.

Die nächste Zeugin ist Fräulein Paula Osterman aus Spandau, die die früheren Angaben anderer Zeuginen bestätigte. Sie ist am Tag der Ankunft des Schulz und Killinger von Berlin abgereist, da ihr Urlaub begann. Killinger begleitete sie auf den Bahnhof. Von Partienkirchen aus erkundigte sie sich zu Hause nach der Münchner Adresse der Weiden, weil sie bei ihrer Rückreise besuchen wollte.

Fräulein Ilowies ist Zimmervermieterin, bei welcher Killinger und Kauter wohnten. März oder Anfang April kam Killinger. Anfang August hat er sein Zimmer gewechselt. Die beiden Herren waren eng befreundet und haben zusammen in einem Zimmer gewohnt. Am 28. August brachte Killinger einen Koffer mit einer Mitteilung an Killinger. Am 29. August sind zwei Koffer gebracht worden, worüber die Zeugin ungewissen war, weil dadurch die Weiden beschädigt wurden.

Der nächste Zeuge ist ein Kriminalkommissar, der München durchsuchte nach dem Geschäft, in welchem die drei Koffer gekauft worden waren, über die man in Oppenau eine zerrissene Rechnung fand. Er stellte fest, daß sie Anfang August gekauft wurden und daß die Koffer durch einen Dienstmann zum Leutnant Prince gebracht wurden.

Frau Weidhas ist aus Regensburg. Bei ihr wohnten während ihres Aufenthalts in Regensburg Schulz und Killinger. Sie haben sich sehr gut benommen. Zwischen der Tochter der Zeugin und Schulz entwickelte sich ein enges Freundschaftsverhältnis. Das beweisen die Briefe, die nach der Übersiedlung des Schulz nach München zwischen den beiden jungen Leuten getauscht wurden und die zeigen, die Schulz oft über Sonntags nach Regensburg unternahm. Weide waren bei Dr. Heim tätig. Über Erzberger hat die Zeugin keine Gespräche gehört. Am 12. September ist sie benommen worden. Am 13. bekam sie einen Brief des Schulz, den sie in ihrer Wut über die Vernehmung, ohne ihn zu lesen, zerriß. Später hat sie ihn wieder zusammengeheftet und gelesen. Es hieß darin, daß Schulz jetzt längere Zeit nicht mehr schreiben könne, da er keine Wohnung und keine Zeit habe. Die Zeugin bestätigt, daß Weide dem 'Schulz- und Trugschuld' angehört. Bei

literarischen Publikationen, Preisaufgaben usw. ermöglichen. Der Tagung selbst hat die holländische Landesgruppe die fürstliche Gabe von 100 000 fl. dargebracht. Eine weitere hochbedeutende Spende bedeutet die Stiftung der Philosophischen Akademie in Erlangen, die im Anschluß an die Generalversammlung am 12. und 13. ds. eröffnet werden wird.

Die Referate der Tagung waren mit Ausnahme desjenigen des holländischen Professors Ullrich über den Begriff und die Aufgaben der allgemeinen Kunstwissenschaft samt und sonderes den Problemen der Geschichtsphilosophie gewidmet. Den glänzenden Auftakt bildete der Vortrag des nunmehr in Berlin amtierenden Ernst Troeltsch über 'Die Logik des historischen Entwicklungsbegriffs', das in einer interessanten Deutung des Phänomens des historischen Verstehens des Fremdeffektischen gipfelte. Troeltsch, der mit dem ihm eigenen Temperament, Kennntnisreichtum und Humor an seine Aufgabe heranging — er gab einen Auschnitt aus seinen Arbeiten am Problem der Universalgeschichte, das er 21. auf der breiten Basis seiner bisherigen historischen und geschichtsphilosophischen Studien bearbeitet — war es vor allem darum zu tun, die Eigenart und Eigenbedeutung des historischen Wesens und Bewusstseins gegenüber allen bloß mechanisch-kausalen und biologischen auch ins Kosmische gesteigerten Veränderungs- und Entwicklungsbegriffen scharf herauszuarbeiten. So wertvoll und ungemein anregend der historisch-kritische Teil seines Referats war, so wenig vermochte, wie die Diskussion und die persönlichen Zwiegespräche zeigten, der positiv-systematische Teil zu befriedigen. Sucht er doch das Problem des geschichtlichen Verstehens in einer irgendwie modifizierten Leibniz'schen Monadentheorie zu lösen! Nicht Identität von Denken und Sein — die übrigens, soweit die Marburger Schule in Frage kommt, von Troeltsch doch etwas arg mißverstanden worden ist — nicht Identität von Natur und Geist, sondern die des endlichen Ich und Geistes mit dem unendlichen Unbewußtsein und die intuitive Teilnahme, die Partizipation des endlichen Ich an jenem und seinen Konnotationen in der Geschichte: das erscheint Troeltsch als Schlüssel zur Lösung des Problems des Verstehens des Fremdeffektischen. Die eigentliche Erkenntnistheorie der Geschichte, die ungewohnten Schwierigkeiten, die hier auftauchen, wurden zwar angebeudelt, aber in keiner Hinsicht zu lösen versucht.

Nach Troeltsch sprach Theodor Ziehen über die gegenstands- theoretischen und erkenntnistheoretischen Probleme der Geschichtsphilosophie und Ullrich über das bereits oben genannte Thema. Den Abschluß der offiziellen Tagung bildete ein Referat des Grafen Kesslerling-Darmstadt über den Weg des wahren Fortschritts. Es ist natürlich, daß diesem Referat des bekannten Weisheitslehrers von Darmstadt mit ganz besonderer Spannung entgegengeesehen wurde, man fragte sich, was dieser untrüben Weisheitslehre unferer

Tagung auf einer Tagung von Kantianern — das Wort in seinem weitesten Sinne genommen — zu sagen haben werde. Und es darf ausgesprochen werden: auch diejenigen, die wie der Verfasser dieser Zeilen, gerade dem Vortrag Kesslerling's sehr skeptisch gegenüberstanden, waren angenehm enttäuscht. Natürlich war manches angreifbar und auch logisch unhaltbar, aber die Kerngedanken waren doch recht sinnvoll, tief und bedeutsam. Für Kesslerling beruht der wahre Fortschritt in der Geschichte nicht auf neuen Erkenntnis- und Willensinhalten, sondern auf der neuen Einstellung zum Gegebenen. Wer sachlich Neues bringt, braucht noch lange kein Erneuerer zu sein oder umgekehrt, man kann erneuern, ohne sachlich, d. h. dem Material nach, Neues zu bringen. Auf dem Gebiet des Lebens, insbesondere des Geisteslebens, schafft die Bedeutung, der neue Sinnzusammenhang den Totbestand und nicht umgekehrt. Das geistige Neue liegt niemals auf der Ebene der Tatsächlichkeit, sondern auf der des Sinnes. Der von ihm durchaus treffend charakterisierten, in diesem Sinne bedeutungslosen anthropologischen Bewegung Steiners stellte Kesslerling die geistige Bedeutung der Tagung gegenüber. Die neue Fragestellung in der Wissenschaft und die neue, tiefere und sinnvollere Einstellung im Leben: das sind nach Kesslerling zwei Seiten des echten und wahren Fortschritts.

Die Teilnehmer der Tagung waren hochbefriedigt, trotz manchem kritischer Urteil im einzelnen. Die eifrigsten Gespräche bei Tisch, im Café und beim gemütlichen Beisammensein bezeugten, daß reiche Anregungen zu weiterem geistigen Schaffen gegeben worden waren. Auch diese Arbeit war Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands. Dr. E. Kraus

Tanzabend Sent M'abesa.

Der Name Sent M'abesa bedeutet ein Programm. Man weiß aus den früheren Tanzabenden dieser Künstlerin, mit welcher ungewöhnlicher Gabe der Einfühlung sie sich in die im Laufe ausgeprägter Formensprache alter und neuer Orientalischer Kulturen eingefühlt hat und welche fesselnde Wirkung von ihren fesselnden, die Reize fremdartiger Anmut und geheimnisvoller Phantasie in sich verschmelzenden Darbietungen ausgeht. Auch bei ihrem diesmaligen Gastspiel zeigen die Geschmeidigkeit und plastische Eindringlichkeit ihrer Bewegungen, die sprechende Mimik, die Eigenart ihrer Kostüme, der ganze Komplex von Besonderheiten, der ihrer Kunst ein ganz persönliches charakteristisches Gepräge verleiht, die zahlreiche Bewunderer in ihren Bann. Der Tanz der Mondgötter, der 'Masentanz', und anderes wurden für den Zuschauer zu Augenbildern, in denen es keines besonderen Phantasieaufwand bedurfte, um den Flügelschlag der Seele des Orients zu entnehmen. Sent M'abesa wurde mit einem Beifall ausgezeichnet.

Ihre Abreise nach München sagten sie, daß sie dort eine bessere Stellung übernehmen würden.

Der Zeuge Kaufmann Zimmerer aus Regensburg kennt den Tilleßen überhaupt nicht; mit Schulz arbeitete er im gleichen Büro zusammen. Viele Beamte der mit Dr. Heim zusammenhängenden Unternehmungen, waren Mitglieder des „Schutz- und Truhbundes“. Der Zeuge kann sich den Schulz als einen schneidigen Offizier vorstellen. Er muß ein Fanatiker, ein Allduistler sein.

Der Zeuge Architekt Meisch ist Vorsitzender des „Schutz- und Truhbundes“. Unmittelbar nach der Revolution hatte er einen „Bund der schaffenden Stände“ gegründet, der offenbar keinerlei Erfolg hatte. Deshalb schloß er sich der Ortsgruppe Regensburg des „Schutz- und Truhbundes“ an. Dieser hat nach den Angaben des Zeugen den Zweck, das deutsche Wesen zu retten und die gefährlichen Einflüsse des Judentums zu zerstören. Er richtet sich nur gegen die Juden. Der Zeuge hat von der Organisation C nichts gewußt. Bei ihm haben sich Schulz und Tilleßen gemeldet und auf ihre frühere Zugehörigkeit zum Bund verwiesen. Sie haben die Versammlungen eifrig besucht und sich an dem Eingang zum Versammlungssaal wiederholt mit dem Einsammeln von freiwilligen Beiträgen betätigt. Von Freimaurern hat man auch gesprochen. Man war aber der Meinung, daß man gegen diese geheimen Logen nichts unternehmen könne. Der Zeuge ist der Ansicht, daß die meisten Juden auch Freimaurer seien. Auch über Jesuiten und das Zentrum sei gesprochen worden. Der Zeuge gibt an, daß er, obwohl er evangelisch sei, sehr viel in Kreisen katholischer Katholiken verkehre. Über Erzberger sei eigentlich nicht gesprochen worden. Der Zeuge ist allerdings der Meinung, daß Erzberger und die anderen November-Leute Landesverräter seien. Schließlich gibt der Zeuge noch zu, für manch andere Organisation tätig gewesen zu sein.

Hierauf wurden die Zeugen vernommen, die Mitglieder der Organisation C waren, welche mit ihren Kriegsauszeichnungen vor dem Richter erschienen. Als erster trat der Zeuge Karl Tilleßen, der Bruder des Verstorbenen Heinrich Tilleßen, vor die Schranken. Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er das Zeugnis über seinen Bruder verweigern könne. Der Zeuge ist damit einverstanden, will aber über das Verhältnis und die Beziehungen seines Bruders Aussagen machen. Sein Bruder sei von Charakter schwer zugänglich. Zu Willinger stand er im Borgefeindverhältnis. Im übrigen verweigerte er die Aussagen über die Charaktereigenschaften seines Bruders. Der Vorsitzende verlas dann einen Brief, den der Zeuge im März 1921 aus Wien an seinen Bruder gerichtet hat. Die wesentlichen Stellen dieses Briefes lauten:

„Die Überlegungen, die Du in Deinem Briefe vom 17. 2. niederschreibst, sind mir Wort für Wort aus der Seele gesprochen. Ich bin Deiner Ansicht. Ein überzeugter Katholik muß ultramontan sein und damit erst Kom anhängen, dann erst Deutscher. ... Erst wenn man in den Tölpeln, wie Erzberger, absolute Jesuitenzügelnde erkannt hat, die um das Seelenheil von Rom aus versprochen zu bekommen, ihr deutsches Vaterland verraten, erst dann wird man sich innerlich abwenden. ... Der Kampf ist ein Lebenskampf, mein lieber Heim, und wir stehen bezingtelt da. ...“

Im übrigen werden in dem Briefe religiöse Anschauungen erörtert, und die Unzufriedenheit über politische Zustände zum Ausdruck gebracht. Ein anderer Brief des Karl Tilleßen vom 30. August 1921, also nach dem Mord an Erzberger, an den künftigen Heinrich Tilleßen, beginnt mit den Worten:

„Herzlichen Dank für Deine Zeilen vom 29. August. Du bist ja eine unbrennbare Art. Gruß auch Schulz im besonderen.“

Der Zeuge bezeichnet die Worte „unbrennbare Art“ als eine Dankesbezeugung für ein Geschenk. Der Zeuge Franz Lieblich, ehemaliger Leutnant, Angehöriger der Organisation C, bekundet, daß gegen Erzberger innerhalb der Organisation geschimpft wurde. Er bestreitet sich als den Verfasser des Beitrages für das Erinnerungsbuch der Sturmkompanie, in welchem von Erzberger als eine „Frage“ und einem „Rollverleiher“ gesprochen wird. Das Buch spielte bekanntlich am ersten Verhandlungstag schon eine Rolle, weil Willinger das Einleitungs- und Schlusswort geschrieben hat.

Der Zeuge Bruno Mahn, Oberbeamter in Würzburg, wird wie die vorigen Zeugen ebenfalls nicht befragt. Er will von der Ermordung Erzbergers keine unmittelbaren Nachrichten erhalten haben. Bei dem Zeugen sind eine Anzahl Notizen in bezug auf Oberst Bauer und seinen Kreis, sowie militärische Schriften gefunden worden. Früher war er Mitglied des „Schutz- und Truhbundes“. In seinem Kreise wurde gegen Erzberger, Juden und Freimaurer viel geschimpft. Auf die Frage, ob ihm das Signalment der Erzbergermörder mit Hinblick auf das verkrüppelte Ohr nicht aufgefallen sei, erklärt er: „Allerdings, es ist mir aufgefallen.“

Dann wurde der Zeuge Oberst Rauter, der mit Willinger zusammenwohnte und einige Monate in Offenbach in Untersuchungshaft saß, ebenfalls befragt. Er schilderte kurz seine Beziehungen zu Schulz und Tilleßen, die nicht direkt freundschaftlicher Art gewesen seien. Der Vorsitzende bringt die Frage vor, ob er sich jemals mit dem Zeugen, ob der Zeuge, den er damals nach Österreich mitgenommen habe, in Ordnung gewesen sei. Der Zeuge bejahte dies. In der Organisation wurde keine militärische Urlaubsordnung eingehalten. Er sei Leiter der Presseabteilung gewesen. Vorsitzender: Haben Sie vor dem Mord an Erzberger von dem Mord gewußt? Er können diese Aussage verweigern. Zeuge: Nein, ich habe nichts gewußt. Vorsitzender: Ist Ihnen die Rede über die Rede und das verkrüppelte Ohr aufgefallen? Zeuge: Diese Kennzeichen waren nicht auffällig. Aber die Koffer, Paß und andere Angelegenheiten gibt der Zeuge ausweichende oder gar keine Antworten.

Max Hoffmann, ehemaliger Kapitanleutnant, berichtet über hamlofen Freundschaftsverkehr mit Willinger. Die Organisation C sollte eine Unterstützung der Reichsregierung bei künftigen sein. Urlaub wurde gewährt nach dem Mord an Erzberger. Die Frage des Vorsitzenden, ob er den Plan der Ermordung Erzbergers gekannt habe, verneint der Zeuge. Er bekundete weiter, daß Tilleßen ein ruhiger Mensch gewesen sei, aber in einen Plan, den er einmal gehabt hatte, sich festzusetzen. Über Erzberger äußerte er sich mit energischen Worten. Er nannte ihn als den, der uns in den Sumpf geritten hat; er sei politischer Dilettant und gemeingefährlicher Schädling gewesen. Es wurde über Erzberger in der Organisation viel geschimpft. Am 12. September wurde der Zeuge verhaftet, als eine Besprechung über die politische Lage in Bayern besprochen werden sollte. Im übrigen kann er keine weiteren Auskünfte über den Mord geben. Aus dem Protokoll über seine erste Vernehmung geht hervor, daß Hoffmann sich äußerte, daß er Leute getroffen habe, die sagten, wenn man nur Erzbergers einmal habhaft werden könnte, um ihn unschädlich zu machen. In öffentlichen Versammlungen in München wurde oft gerufen: „Bringt ihn doch um!“

Es folgt die Vernehmung des Zeugen Herbert Müller, Student der Volkswirtschaft in München. Er bekundet gleichfalls unbedeutend, daß er vorher von der geplanten Tat nichts ge-

wußt habe. Er hat Schulz Ende Juli und Tilleßen einige Tage später zum letztenmal gesehen. Im Urlaub aus München sei er von der Ermordung Erzbergers gehört. Er hat Erzberger für einen Schädling gehalten. Wenn in seinem Kreise über den Mord gesprochen wurde, so wurde gesagt: „Gut, daß er weg ist“. Der Vorsitzende verliest dann einen anonymen Brief an die Frau des bayerischen Abgeordneten Ritsch, in welchem dieser bedauert wurde, daß er nicht an einer deutschen Feste aufgehängt würde, sondern wie ein böhmischer Pfeifentopf in einer böhmischen Schiedsbude abgeschossen würde. Der Brief wurde seiner Zeit dem Zeugen diktiert, wobei man feststellte, daß in zwei Fremdwörtern dieselben Fehler vorkamen, wie in der Urchrift. Der Schiedsbuchverständige hat mit Bestimmtheit festgestellt, daß der Brief von der Hand des Zeugen geschrieben worden ist. Dieser bestreitet mit aller Bestimmtheit die Urheberschaft des Briefes und will seine diesbezügliche Erklärung unter Eid abgeben. Eine Vernehmung erfolgt jedoch nicht.

Am Schluß der Vormittagsitzung teilt der Vorsitzende mit, daß am Dienstag vormittag halb 9 Uhr die Schlussbeiträge beginnen können.

Die Nachmittagsitzung begann um 14 Uhr mit der Vernehmung zweier Zeugen, die sich in ihren Aussagen vollkommen widersprechen. Dem Teil des Verhörs liegt folgender Tatbestand zugrunde: Nach dem Mord an Erzberger hielt sich Tilleßen in Ulm auf. Dort traf ihn ein früherer Bekannter, der ihn von der Marine her kannte, ein gewisser Kaufmann Friedlein. Sie trafen sich in einem Kaffeehaus. Friedlein erkundigte sich nach den Gründen der Reise Tilleßens nach Ulm; er ist aber nicht in ihn gedrungen. Dann kam man in eine Unterhaltung, wobei auch über den Erzberger-Mord gesprochen wurde. Tilleßen hat versucht, dem Friedlein die Gründe der Tat beizubringen, um die Tat selbst zu entschuldigen. Unter dieser Gründe kam auch der vor, daß es kein Mord sei, sondern eine gute Tat, wenn man jemanden beseitigt, der seinem Volke schadet. Friedlein sagt, daß über die Täter nicht gesprochen werden sei. Tilleßen hat ihm gar nichts anvertraut. Sie vereinbarten ein Zusammenreffen auf den nächsten Tag im „Goldenen Engel“. Friedlein kam rechtzeitig und erkundigte sich beim Hotelpersonal nach Tilleßen. Man stellte die Anwesenheit eines Herrn mit diesem Namen in Abrede. Nach einer Stunde trafen sie sich dann doch noch. Tilleßen befand sich in der Gesellschaft verschiedener Herren vom Freikorps „Oberland“, die angeblich nach Ulm gekommen waren, um Material zu kaufen. Schulz und Tilleßen waren dem Friedlein bekannt. Er hat sie im Jahr 1921 wiederholt im Gadebrunn in München getroffen. Mit diesen Herren zusammen wurde auch über den Erzbergermord gesprochen. Einer von ihnen, ein gewisser Leutnant Heim, hat gesagt, der Reichskanzler Dr. Wirth käme auch noch dazu. Friedlein weiß nicht, ob dieser Leutnant der Organisation angehöre, er sei als Panzerbeamter in München tätig. Die Verteidigung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Organisation Oberland und Organisation C in gespanntem Verhältnis zueinander gestanden hätten. Die amnestierten Offiziere, die Mitglieder der Organisation C sind, bestreiten diese Behauptung.

Wang im Gespräch zum Zeugen Friedlein hat vor ihm der Zeuge Willinger unter Eid erklärt, daß im Dezember vorigen Jahres in Stuttgart ihm Friedlein begegnet sei, mit dem er dann ein Stück Weges gegangen sei. Dabei hätte ihm dieser Friedlein erzählt, daß er nach dem Mord seinen Freund Tilleßen in Ulm getroffen habe. Tilleßen habe dem Friedlein gefragt: „Was sagst Du wohl, wenn ich Dir sagen würde, ich bin der Mörder gewesen?“ Friedlein habe das Gespräch weiter geführt, worauf sich Tilleßen als Täter bekannt habe. Tilleßen hat ihm auch nach der Schilderung des Zeugen Willinger seine Briefe gezeigt mit vielem Geld gezeigt. Dabei soll sogar das Wort gefallen sein, daß Tilleßen dem Friedlein noch Geld zeigen könne. Ferner soll davon die Rede gewesen sein, daß Tilleßen einen Auslandspaß habe. Der Zeuge stellt es weiter so dar, als sei der Mord an Erzberger auf Wunsch eines Befehlshabers im Freikorps Oberland zustande gekommen. Es sei auch vom Reichskanzler Dr. Wirth die Rede gewesen. Es wird diesem Zeugen vorgehalten, daß er trotz seiner Jugend schon einmal wegen Betrugs verurteilt ist und daß gegenwärtig ein neues Betrugsverfahren gegen ihn anhängig ist. Gericht, Staatsanwalt und Verteidiger berufen, in die sich vollkommen widersprechenden Aussagen einziger nicht zu bringen. Ein Polizeibeamter bestätigt, daß Willinger bei seiner ersten Vernehmung sich schon in dem Sinne geäußert habe, wie er es heute vor Gericht getan hat.

Er kann wird der Kaufmann Schaum aus Halle vernommen. Er kennt Willinger aus seiner militärischen Stellung. Über die Art der Beschäftigung Willingers und seiner Freunde in München will er nichts gesagt haben. Der Staatsanwalt hält ihm allerdings einige Briefe vor, die unmittelbar mit der Organisation C in München zusammenhängen. In diesen Briefen ist sogar die Rede davon, daß Schaum auf einer Sitzung in München bestimmte Vorschläge gemacht habe, Willinger besuchte den Schaum einmal in Halle. Das war nach dem Erzbergermord. Sie waren zwei Tage zusammen. Vom Mord an Erzberger sei aber nicht gesprochen worden. Willinger zeigte dem Schaum einen Auschnitt aus einer französischen Zeitung, wobei er einen Paß auf den Namen Rauter aus der Tasche zog. Der Paß blieb in Halle zurück. Schaum sandte ihn nach an Willingers Adresse, der aber inzwischen schon festgenommen war. Der Zeuge und der Angeklagte erklären, daß es keine weitere Bewandnis mit diesem Paß habe. Der Zeuge ist politisch der Ansicht, daß ein Weg gesucht werden mußte, um Erzberger politisch kalt zu stellen; allerdings meint er, daß der Mord nicht das richtige Mittel dazu sei. Der Staatsanwalt hält dem Zeugen eine Reihe von Briefen vor, die er mit München gewechselt hat. Der Zeuge blieb zunächst unbedeutend.

Es kam dann die Vernehmung des Marineingenieurs a. D. und jetzigen Ingenieurs Barsfeld als Zeuge. Er bekundet sich als Mitglied der Organisation C. Er kennt Schulz und Tilleßen. Am 6. August 1921 schickte er dem Schulz, mit dem er im Bureau zusammen gearbeitet hat, einen Reisepaß nach Saalfeld nach, den Schulz in München nicht mehr mitnehmen konnte, weil seine Abreise zu rasch erfolgte und der Paß noch nicht fertig war. Man hat vor der Abreise noch davon gesprochen, daß Willinger für einen Sommerurlaub besonders schön sei. Der Zeuge selbst war während des Monats August in Österreich. Dort las er die Berichte über den Mord an Erzberger. Als er nach seiner Rückkunft die Personalbeschreibung der Täter las, wurde er stutzig und dachte an Schulz und Tilleßen. Nach seinen Angaben erfolgte die Urlaubserteilung bei der Organisation C nach militärischen Grundsätzen.

Dann wurde der Kriminalkommissar Hegler aus Freiburg noch vernommen über einige unbedeutende Feststellungen, die er in München getroffen hatte.

Der Staatsanwalt und die Verteidigung verließen auf die Vernehmung der Frau Erzberger und der Frau Dr. Sommerich-Berlin. Es wird dann der Schiedsbuchverständige Rubner aus München vernommen über den Brief, der in der Nachmittagsitzung verlesen worden war und an den bayerischen Abgeordneten Ritsch gerichtet war, von dem behauptet wird, daß er vom Zeugen Müller geschrieben ist, ferner soll er sich aufsprechen über die beschriebenen Eintragungen in Fremdenbüchern die Schulz und Tilleßen unterzeichnet haben. Der

längere Rede kommt er zu dem Ergebnis, daß der Druckbrief an Ritsch vom Zeugen Müller geschrieben ist, ebenso, daß die Eintragungen in den Fremdenbüchern in Ulm, Offenbach und Würzburg, die auf falsche Namen lauten, von Schulz und Tilleßens Hand geschrieben sind.

Auf verschiedene Anträge über die Verteidigung der heute vernommenen Zeugen trifft das Gericht folgende Entscheidung: Von dem im Laufe des heutigen Tages vernommenen Zeugen wird nur der Zeuge Mahn befragt; bei den anderen liegt die Tatsache vor, daß sie in ein schwebendes Verfahren wegen Geheimbündelei verwickelt sind.

Der Vorsitzende verliest hierauf eine Reihe von Briefen, die die Angehörigen des Schulz unter einander nach dem Mord geschrieben haben. In einem dieser Briefe bedauert eine Tante, daß die Partei den Jungen so weit gebracht habe; sie hoffe, daß die Partei für den Jungen einspringe; weiter hoffe sie, daß er im Falle eines Regierungswechsels doch durch eine Amnestie begnadigt werde.

Die Verteidigung legt Wert auf die Feststellung, daß das Reichsgericht die ursprünglich verbundenen Strafsachen gegen Willinger wegen Beihilfe zum Mord an Erzberger und wegen Geheimbündelei wieder getrennt hat. Nach 7 Uhr abends wurde die heutige Verhandlung vertagt; Dienstag vormittag halb 9 Uhr wird der letzte Zeuge Krone vernommen, worauf die Vernehmungsaufnahme wohl geschlossen werden kann. Einige Zeugen haben auch morgen noch einmal zu erscheinen.

Auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude war heute mehr als an den bisherigen Tagen an Menschen erschienen, die Willinger sehen wollten, der täglich zum Untersuchungsgefängnis nach dem Gericht und wieder zurück gebracht wird.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

DZ Karlsruhe, 12. Juni.

Zu Beginn der Sitzung wird eine volksparteiliche Anfrage wegen Kaufs von Liegenschaften durch valastarke Ausländer regierungsfällig dahin beantwortet, daß Waben alles getan habe, um Maßnahmen des Reiches gegen diese Vorgänge zu erreichen. Der Friedensvertrag siehe hier im Wege. Das Vorkaufsrecht des Reichsiedelungsgesetzes biete eine gewisse Handhabe.

Nach Verlesung einer großen Zahl von Eingängen ersmittelte Abg. Dr. Glodner (D.) einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß betr. die Ausführungsbestimmungen im Wohnungsabgabegesetz. Er berichtet ferner über die Vorlage zur Änderung des Gesetzes vom 6. Okt. 1918 betr. die Deduktion des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaus. Anfolge der ständig fortschreitenden Teuerung erweisen sich die bis jetzt bewilligten 210 Millionen Mark nicht mehr als ausreichend, es sollen deshalb 300 Mill. ausgenorfen werden.

Abg. Forter (Soz.) begründet eine förmliche Anfrage, die sich gegen Wohnungszweckerei und Mietswucher richtet. Arbeitsminister Dr. Engler: Ein umfangreicher Wohnungshandel besteht nicht. Gegen Einzelfälle vorzugehen ist unmöglich, wenn sie nicht zur Anzeige kommen. Die Wohnungsdämmer haben eine sehr schwere Aufgabe zu erfüllen. Leider finden die behördlichen Maßnahmen nicht immer die nötige Unterstützung. Die Mietspreisanfrage wird geregelt durch die demnächstige Verordnung zum Reichsmietengesetz.

Abg. Rüger (Ztr.) wünscht eine Schlichtung über die Verteilung der ersäßigten Rücklinge im Reich. Die Wohnungsnot werde erhöht durch die große Zahl der Ehescheidungen. Um eine Katastrophe zu verhüten, müsse man die Baustoffpreise abbauen. Private Baufirmen klagten über mangelnde Berücksichtigung bei der Gewährung von Baudarlehen. Die Mieterschutzgesetzgebung habe einen tiefen Eingriff in das bürgerliche Recht gebracht. Redner tritt wie auch der Ausschuss für einen planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ein. Das Reichsmietengesetz sei nicht so leicht wie sein Ruf. Die wichtigsten Entscheidungen fallen den Rändern zu.

Nach einem kurzen Zwischenpaus (es fehlen die nächstgenannten Redner, Abg. von Au hatte wegen verschiedener Zwischenerufe erklärt, heute nicht mehr sprechen zu wollen), legte der Abg. Stad den Standpunkt der soz. Fraktion dar.

Nächste Sitzung Dienstag.

DZ. Karlsruhe, 13. Juni.

In der fortgesetzten Debatte über die Wohnungsfrage sprach Abg. von Au (B. V.) über die Räte der Hausbesitzer. Diese verlangten, daß man endlich an die Arbeit gehe, um die Zwangswirtschaft planmäßig abzubauen. Bisher sei nichts davon zu spüren. Die Außerachtlassung der Vertragsfreiheit im Reichsmietengesetz bedeute eine Untergrabung von Treue und Glauben. Das im Entwurf vorliegende Mieterschutzgesetz habe das Kündigungrecht des Hausbesitzers fast vollkommen auf. Er enthalte noch andere Unzulänglichkeiten. Darum möge es am besten beim Entwurf bleiben. Den Flachbau in dieser Zeit weitgehend zu begünstigen wäre unwirtschaftlich.

Abg. Freudenberg (Dem.): Das private Kapital würde auch bei freier Wirtschaft außerstande sein, die erforderlichen Mittel zum Wohnungsbau aufzubringen. Redner fragt, ob die Baustoffbeschaffung G. m. B. heute noch ihrer Aufgabe gemachten sei!

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.-Nat.): Die Utopien sollte man nicht in den Vordergrund stellen, sondern recht klar die praktischen Schwierigkeiten sehen. Die zwangsweise Niedrighaltung der Mieten war ungerecht und unsocial; sie habe sich als Hindernis für die Förderung der Wohnungskultur erwiesen. Mit dem Vorredner begrüßen wir, daß das Gesetz die Möglichkeit gibt, die Kleinrentner und Pensionäre von der Abgabe zu befreien. Wir stimmen dem Ausführungsgesetz trotz mancher Bedenken zu in der Überzeugung, daß die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen in einem gewissen beschleunigten Tempo abgebaut werden muß. Die private Unternehmungslust darf nicht gehemmt werden.

Abg. Weber (Z. Sp.): Es ist zu hoffen, daß sich bei uns in Baden der harte Kampf zwischen Besitzer und Mieter durch verständige Einsicht in die beiderseitigen Verhältnisse mildern wird. Um der Wohnungsnot wirksam zu steuern, bedarf es noch weit größerer Mittel. Auch wir stimmen dem Antrag von Au zu, der grundsätzlich die allmähliche Rückkehr zur freien Wirtschaft fordert, wenigstens aber die Vorbereitung dazu.

Abg. Freidhof (U.S.P.) führt die Wohnungsnot auf das kapitalistische System zurück.

Abg. Bod (Komm.) bekämpft gleichfalls die bisherige Wohnungspolitik.

Ministerialrat Imhoff: Die badische Vollzugsordnung zum Reichsmietengesetz ist fertig gestellt. Die Festsetzung der Hausverträge wird den örtlichen Stellen überlassen. Private Vereinbarungen werden dem Mieteinigungsamt angezeigt sein. Unseren Bedenken gegen den seinerzeit dem Reichstatenrat vorgelegten Entwurf ist durch die Reichsregierung Rechnung getragen. Der

Medner äußert sich dann über die Grundfrage zur Gewährung von Baudarlehen und stellt fest, daß die Bautätigkeit in der Umgebung der großen Städte erheblich zugenommen hat. — Nächste Sitzung nachmittags.

### Die Teuerung in Baden.

Wie der Kammer 5 der vom Statistischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Mitteilungen“ entnommen werden kann, ist die badische Landesindexziffer von 3143 (1913/14 = 100) im April d. J. auf 3371 im Mai d. J., d. h. um 7,2 v. H., gestiegen. Die in diese Statistik einbezogenen Lebensbedürfnisse — Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung — kosten also heute im Durchschnitt 33% mehr als vor dem Kriege. Im Mai hat sich indessen die Teuerungsbewegung etwas verlangsamt; denn im April hatte die Steigerung 19,5 v. H. betragen.

Bei den einzelnen Lebensbedürfnissen ist die Preisbewegung ganz verschieden. Eine ansehnliche Steigerung — von April auf Mai — weisen insbesondere die Preise für Brennmaterialien auf; aber auch die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel sind wiederum in die Höhe gegangen, so für Brot, Milch, Butter, Schmalz, Margarine, Fleisch, Eier, Zucker usw.

Ebenso ist die Entwicklung der Teuerungszahlen recht ungleichmäßig. Während die Zahlen von Waldschat und Konstantz — von April auf Mai — um 3,8 bzw. 3,0 v. H. zurückgegangen sind, ist z. B. die Teuerungszahl von Kollnau um 26,1 v. H. gestiegen. In Mannheim erhöhte sich die Teuerungszahl um 6,8 v. H., in Karlsruhe um 5,0 v. H., in Freiburg um 10,0 v. H., in Pforzheim um 12,2 v. H., in Heidelberg um 2,2 v. H.

### Der Saatenstand in Baden zu Anfang Juni 1922.

Die Saaten haben bis Mitte Mai unter Regen und Kälte gelitten; seit 14 Tagen hat dann Trockenheit mit Nord- und Ostwind eingesetzt, wodurch der Boden stark verkrustet wurde. Darunter leiden insbesondere die Sommerfrüchte, die in der Entwicklung noch sehr zurück sind, und ein ausgiebiger, durchwöchender Regen wäre für sie und alle übrigen Kulturen sehr notwendig.

Im allgemeinen haben die Winterfrüchte die gleiche Beurteilung gefunden wie im Vormonat, zum Teil sogar eine leichte Besserung zu verzeichnen; Winterweizen steht vielerorts etwas dünn und lückenhaft. Die Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben sind vielfach noch nicht aufgegangen bzw. infolge der oben geschilderten Witterungsverhältnisse in der Entwicklung benachteiligt, daß eine Beurteilung noch nicht möglich ist. Die Futterpflanzen und die Weiden haben ihren Stand gegenüber dem Vormonat zum Teil wesentlich gebessert. Die Geerntete sowie die Bergung des ersten Klebfrüchtlings hat da und dort begonnen.

Als Schädlinge wird über das häufige Vorkommen von Engerlingen und Drahtwürmern geklagt. In den Getreide-

feldern nimmt Unkraut (Wiesen, Gleditsch, wilder Haser u. dgl.) ansehnliche Fortschritte.

Unpflügungen mußten nach Zusammenstellung der bis jetzt vorliegenden Meldungen vorgenommen werden bei: Winterweizen 3,0, Winterpflanz 6,3, Winterroggen 1,7, Klee (rot) 6,2, Luzerne 2,7 vom Hundert der betreffenden Gesamtkfläche.

Die Berichte über den Stand der Weinberge lauten im allgemeinen recht befriedigend. Die Reben zeigen, besonders in den Höhenlagen, die anscheinend, weniger unter Winterkälte und Frühjahrsfrösten gelitten haben, guten Samenansatz. Das Besprengen mit Kupfervitriollösung hat in den wichtigeren Nebengebieten begonnen.

### Der neue Oberbürgermeister von Freiburg.

Bei der gestern in Freiburg erfolgten Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahl wurde der Ministerialrat Dr. Karl Bender beim Ministerium des Innern mit 96 von 108 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister von Freiburg gewählt. Die bisherigen Bürgermeister Dr. Hofner und Niebel wurden wiedergewählt. Der von der Sozialdemokratie für die neu geschaffene 4. Bürgermeisterstelle präferierte Stadtrat Hüls von Fürtz ging mit 85 Stimmen aus der Wahl hervor.

Der neue Freiburger Oberbürgermeister wurde am 21. Dezember 1880 in Bad als Sohn des Notars Joh. Bender geboren. Nach Absolvierung des Karlsruher Gymnasiums studierte er an den Universitäten Freiburg, Berlin und Heidelberg Rechtswissenschaft und legte 1903 seine erste juristische Staatsprüfung ab. Im gleichen Jahre trat er als Rechtspraktikant in den badischen Staatsdienst ein und war bis zu seiner im Jahre 1907 abgelegten zweiten juristischen Staatsprüfung u. a. bei den Bezirksämtern Mastadt und Bruchsal, bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und beim Oberlandesgericht tätig. 1907 wurde er zum Dr. jur. promoviert. Seiner militärischen Dienstpflicht genügte Dr. Bender 1904/05 als Einjährig-Freiwilliger beim Inf.-Reg. 113. Im Jahre 1907 wurde Dr. Bender zur Übernahme des Bürgermeisterdienstes der Stadt Fürtz beurlaubt und trat 1910 zur endgültigen Übernahme dieses Postens aus dem Staatsdienste aus. Im Sommer 1919 wurde Bürgermeister Dr. Bender als vortragender Rat in das Ministerium des Innern berufen, um dort die Leitung der kommunalen Abteilung zu übernehmen.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Die geographischen Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse Badens.

n. Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden hat am gestrigen Montag nachmittags Vertreter der staatlichen, höchsten Behörden, Reichs- und Landtagsabgeordnete, der Industrie und des Handels usw. zu einem Vortrag des Herrn Dr. Mez vom badischen Reichsministerium, Dozent für Geographie an der Techn. Hochschule Karlsruhe, eingeladen, der als Thema hatte: Die geographischen Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse Badens.

Der Einladung war zahlreich Folge geleistet worden. Nach Begrüßung durch den Vertreter des Vorsitzenden der Handelskammer nahm Dr. Mez zu etwa einfüßigen Darlegungen das Wort und führte die aufmerksamen Zuhörer in das Reich-

reichs-Rußland mit seinen wirtschaftlich so unterschiedlichen Verhältnissen. Dr. Mez bemerkte einleitend, es müsse dem Volk ein allgemeines geographisches Wissen nahe gebracht werden. Er kennzeichnete dann die agrarische Struktur des heutigen Rußland und fuhr dann fort: Wir können das frühere Rußland nicht mit westeuropäischem Maßstab messen, es ist das Land der reinen Agrarproduktion. Leider legt der Ruße keinen Wert auf die Düngung, weil der Boden an sich humusreich ist. Aber durch diese Vernachlässigung wird aus dem Boden in Rußland nicht so viel herausgewirtschaftet, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Es ist deshalb ein seltsames Verhängnis, daß trotz großer Fruchtbarkeit des Bodens Millionen von Menschen in Rußland Hungers sterben. Zu diesem schlimmen Umstand trägt auch bei, daß die Verkehrsmittel außerordentlich mangelhaft sind. Etwa 300 Städte unter 5000 Einwohnern besitzen überhaupt keine Bahn. Die Entfernung der Eisenbahnstationen beträgt im allgemeinen 30–40 Kilometer, sogar Entfernungen bis zu 200 Kilometer sind nicht selten. Daß ein Bauer, der in solchen Gegenden wohnt, kein Getreide usw. exportiert und auf die Bahn bringt, ist ganz selbstverständlich. Haben doch auch die russischen Bahnen eine größere Spurweite als die Bahnen der anderen Länder. Es kommt ferner für die Landwirtschaft in Betracht, daß die Temperaturunterschiede sehr groß sind; es gibt in Rußland sehr kalte und sehr warme Gegenden. Auch die Waldwirtschaft ist von Bedeutung, wenn man auch nicht von dem sauber gepflegten deutschen Wald reden kann.

Dagegen muß anerkannt werden, daß Rußland mit der Kultivierung Sibiriens ein Höchstmaß russischer Kultur vollzogen hat. Dieser große Ländertrieb steht in der agrarischen Produktionsleistung höher, wie viele Landflächen im Zentralrußland. Leider ist es durch die Kriegsverluste für die Bedürfnisse der Weltwirtschaft gesunken.

Dr. Mez sprach dann die Entwicklung der russischen Industrie und warnte davon, sich übertriebenen Hoffnungen hinzugeben; denn ein Teil der russischen Industrie sei künstlich herangezogen worden. Gewiß, man hat viele Fabriken mit mehr als 1000 Arbeitern, aber es sind immer nur einzelne Zweige, wie die Textilindustrie, die Holz- und Eisenproduktion usw., die in der russischen Industrie vorwiegend sind. Diese lebte vor dem Kriege in der Hauptsache von den staatlichen Aufträgen, die durch die großen Militärmassen der Industrie zuerkannt wurden. Auch bei der Einschätzung der Entwicklung der russischen Industrie darf das Verkehrsproblem in seiner ungeheuren Schwierigkeit nicht außer acht gelassen werden. So sei also die von vielen erhoffte Industrialisierung Rußlands sehr kritisch anzusehen; zugegeben sei allerdings, daß die Zeit und die wirtschaftliche Entwicklung allmählich auch hier Besserung schaffen könne.

Medner ging dann noch auf die Bedeutung der Kanäle für Rußland ein; sie seien über 80 000 Kilometer lang. Alle diese Umstände lassen den Gedanken an den Wiederaufbau Rußlands trotz aller entgegenstehenden Bedenken durchaus zu.

Tagung des Verbandes der süddeutschen Presse. Der Verband der süddeutschen Presse, der Zusammenkunft der Redakteure Badens, Hessens und der Rheinpfalz, hält am Sonntag, den 18. Juni, im Biergartenrestaurant zu Karlsruhe seine jährliche ordentliche Hauptversammlung ab. Die Stadt hat sich in entgegenkommender Weise bereit erklärt, den Gästen freien Eintritt in den Stadtpark zu gewähren. Auch sonst wird von der Ortsgruppe des Verbandes und dem Verein Karlsruher Presse alles getan, um den Teilnehmern von auswärts den Aufenthalt in der Landeshauptstadt so angenehm wie möglich zu gestalten.

### Amtliche Bekanntmachung.

#### Fundstücke betr.

Im Monat Mai 1922 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:

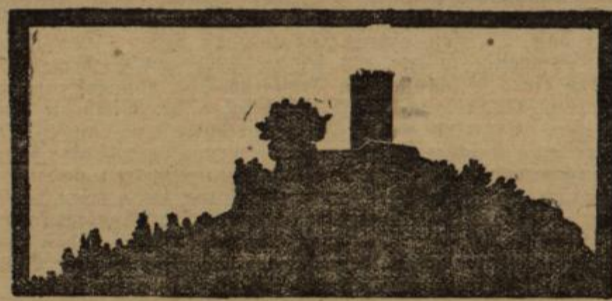
1 Kravattennadel, 1 Manschettenknopf, 1 Brosche mit blauem Stein, 1 rotes Korallenhalbkettchen, 1 silberne Brosche aus Stein, 1 silbernes Armbändchen, 1 Damenuhr in Lederarmband, 1 Manschettenknopf, 1 Damenring, 1 weiße Halskette, 1 Anhänger mit Stein, 1 Armbandkettchen, 1 Ehering, 1 Waage für Kumpenhändler, 1 Gummiball, 1 schwarzes Lederhandschuh, 1 Haarpange, 1 kleines Taschmesser, 1 paar graue Damenhandschuhe, 1 Damenhandschuh, 1 Taschmesser, 1 Brille, 1 weißes Deckchen, 1 hölzerner Redertaschen, 1 Brille, 1 Lohnbuch, 1 Fell als Vorlage, 1 Buch, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 kleiner Bund Tabak, 1 Andrehkurbel für Auto, 1 Haarring mit Fassung, 1 blaue Kindermütze, 1 Brille mit Futteral, 1 Knabenbluse, 1 Saal und 30 Pfund Kartoffel, 1 Kinderkappchen, 1 hellbrauner Damenhandschuh, 1 grauer Knabenmantel, 1 Bar (Spielzeug), 1 schwarzer Damenpelz, 1 braune Werdedecke, 5 Stück Messingstäbe, 1 Kanstrod, 1 Stidreif aus Holz, 1 Korb, grüne Borde und grüne Knöpfe, 1 blaues Leinwandtaschchen mit 25 M., 1 Handtaschen mit Silberbügel, 1 Brille in Hornfassung, 1 Bierzylinder aus 3 Silbermünzen, 1 Autokennzeichen, 1 Taschmesser, 1 Kinderhandschuh, 1 Kinderhandschuh, 1 kleines Taschmesser, 1 Taschchen mit Stundenplan, 1 braunes Käppchen mit Lederhut mit schwarzem Band, 1 seidenes Taschentuchlein, 1 weißer Damenhandschuh, 1 Sandale mit Holzsohle, 2 Schülermützen, 1 vernickeltes Hundehalsband, 1 Zylinder, 1 Wasserwaage, 1 Tennisball, 1 Stoffhandtaschen mit 5 M., 1 Regenschirm, 1 rötliche gestickte Handtasche, 1 Winkelmesser, 1 schwarze Kinderbadehose, 1 Taschmesser, 1 Notizheft, 1 grüner Kinderstrophhut, 1 weiße Pierchürze, 1 Regenschirm, 1 Haarfeder, 1 blaue Knabenbluse, 1 rot- und weißgestreiftes Kinderwickeltuch, 1 Laternenfassung aus Messingblech, 1 Gelbmäppchen, 1 Korbdeckchen, 1 Handschuh aus Blech rot gestrichen, 13 Schlüssel, 1 Kinderhandschuh, 1 alte Bistole, 1 Herrenhandschuh, 1 Schablone für Malerarbeiten, 1 Futtertrag mit Kette und Arbeitsmittel, Schlüsselbunde, Hunde, welche im Hundezwinger (Schlachthausstraße) untergebracht sind.

Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 100 M., 50 M., 20 M., 15 M., 30 M., 10 M., 1000 M., Schein, 10 M., 34 M., 2 M., 5 M., 188 M., 40 M., 10 M., 1 Geldscheintaschchen mit 50 M., 1 Geldbeutelchen mit 249 M., 1 Tuchhandtaschen mit 27 M., 1 Geldtaschen mit 150 M., 1 Lederhandtaschen mit 89 M., 1 Geldbeutel mit Frankengeld.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 8 des Bezirksamtsgebäudes abgeholt werden. R. 884

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder, bezw. die Erbgenossenschaft über.

Karlsruhe, den 7. Juni 1922. O.-Z. 77  
Badisches Bezirksam. — Polizeidirektion.



Soeben erscheint in vollständiger Umarbeitung:

## Der Kraichgau

Von  
Dr. Friedrich Mez

Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage  
Mit vielen Abbildungen

Preis M. 100.—

Inhalt: I. Landesnatur. Name und Grenzen. — Die Oberflächenformen. — Das Klima. — Quellen und Grundwasser. — Die Bäche. — Die Pflanzengwelt. — Die Tierwelt. II. Die Siedlungen. III. Die wirtschaftlichen Verhältnisse. IV. Die Bevölkerung.

Die freundliche Aufnahme, die f. Z. die erste Auflage des vorliegenden Buches erfahren hat, haben Verfasser und Verleger ermuntert, es in neuer Gestalt erscheinen zu lassen. Während früher der Charakter der Untersuchung vorwiegend und diese sich nur auf die Siedlungen und die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse erstreckte, ist in der neuen Auflage versucht, das Gesamtbild einer badischen Landschaft zu geben. Nimmt auch die Schilderung der Kulturlandschaft, wie es angezeigt erscheint, den breiteren Raum ein, so sind doch auch die natürlichen Verhältnisse nicht zu kurz gekommen. Dieser noch als früher sind die mannigfachen Wechselwirkungen, die Land und Leute verbinden, dargestellt. Eingehend ist ausgeführt, wie die Kultur von dem Lande befruchtet und in das Land ihre Geschichte eingegraben hat. Städte, Dörfer, Höfe, Burgen und Schlösser und die kirchlichen Siedlungen ziehen an unserm Auge vorüber. In gleicher Weise sind die sozialen und kulturellen Verhältnisse wie die Wirtschaft geschildert. Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr haben eine eingehende Würdigung erfahren. Wie das Buch selber nicht nur aus trockener Bäderweisheit geschöpft hat, sondern vielfach erwandert ist, will es all denen ein Wegweiser sein, die den Wanderstab in die Hand nehmen und das alte Kulturland des Kraichgaus durchstreifen wollen. Es wendet sich an alle, die Sinn und Verständnis für die Schätze haben, welche die Heimat bringt, und will insbesondere der Lehrerschaft eine Handhabe für den heimatkundlichen Unterricht bieten. Darüber hinaus aber soll es helfen, geographische Bildung zu verbreiten, die unserm Volke noch vielfach ermangelt.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom  
Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei  
in Karlsruhe, Karlsriedstraße 14.

### Badisches Landestheater.

Dienstag, 13. Juni. 7<sup>1/2</sup>—1<sup>1/2</sup>10 Uhr. 50 Mk.  
Volksbühne J 4  
Hänsel und Gretel.

### Badisches Landestheater.

Mittwoch, 14. Juni. 7<sup>1/2</sup>, b. g. 10 Uhr. 55 Mk.  
Abonnement E 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001—1250.  
Die Entführung aus dem Serail.

Bei der am 29. März 1922 im Rathaus in Ulm stattgehabten Ziehung der Ulmer Geldlotterie zu Gunsten der Erbauung der Stadtpfarrkirche zu St. Elisabeth in Ulm a. D. fielen nachstehende Gewinne auf die in Baden genehmigten Nummern:

Los-Nummer	Gewinn Betrag	Los-Nummer	Gewinn Betrag	Los-Nummer	Gewinn Betrag	Los-Nummer	Gewinn Betrag
4049	10	4905	10	22370	10	49553	10
052	10	987	10	531	10	743	10
154	10	22019	10	652	10	759	10
231	10	056	50	966	10	838	10
236	10	147	50	49011	10	870	25000
381	10	152	50	088	10	56402	50
548	10	154	10	360	10	574	100
590	10	187	10	424	50	742	10
714	50	321	10	457	10		

Nachstehende dreistellige Endnummern gewinnen je 6 Mark, sofern solche nicht schon einen höheren Treffer haben. 002, 016, 107, 119, 144, 163, 187, 214, 237, 255, 270, 282, 301, 325, 346, 441, 457, 467, 469, 495, 501, 525, 603, 618, 636, 663, 665, 669, 683, 690, 754, 775, 820, 831, 896, 904, 910, 911, 928, 948, 971.

Ferner gewinnen nachstehende Nummern je 6 Mark: 49456, 49742, 56354, 56991.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt durch die Firma F. Schweidert, Lotterie- und Bankgeschäft, Stuttgart, Marktstr. 6. Am 29. Juni 1922 verfallen sämtliche nicht erhobenen Gewinne.

Öffentliche Zustellung einer Klage.  
R. 8132. Radolfzell.

Der Alban Fürst, Brantwein- und Weinhandlung in Radolfzell, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wolf d. selbst, klagt gegen die Gastwirtin Alice Widmer, früher hier zum Schweidert, zuletzt in Berlin, Brückstr. 3, jetzt unbekannt — Aufenthaltsort, aus Weinfeld mit dem Antrag, die Beklagte kostenmäßig zu verurteilen, an den Kläger 457,20 M. nebst 5 Prozent Zinsen hieraus vom 1. November 1921 an, ferner 52,55 M.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Radolfzell, 6. Juni 1922.  
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.